

(Abg. Dinte.)

(A) industrielle Arbeit bei den Frauen mehr und mehr um sich greifen, wird es notwendig, daß man mehr, als bis jetzt geschehen ist, dazu übergeht, Frauen aus dem Arbeiterstande selbst zu der gewerblichen Aufsicht hinzuzuziehen.

Ich möchte aber auch noch auf ein anderes Gebiet hinweisen. In Sachsen scheint sich mehr und mehr der häusliche Motorbetrieb einzurichten. Im Bezirke Pulsnik vor allen Dingen finden wir, daß von Jahr zu Jahr mehr Motoren eingeführt werden und daß diejenigen, die nicht unter Gewerbeaufsicht stehen, dadurch in der Lage sind, die Arbeitszeit ganz unendlich auszunützen. Nicht nur die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst, auch die Kinderarbeit breitet sich dadurch immer mehr aus, als es bisher der Fall gewesen ist. Es wird notwendig sein, daß vor allen Dingen die Regierung einmal ihr Augenmerk darauf richtet, ob es nicht angemessen erscheint, daß die gesamte Hausindustrie unter Gewerbeaufsicht gestellt wird, damit die Gesundheit der Bewohner jener Gegenden nicht allzusehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist wohl selbstverständlich, wenn die Arbeitszeit von frühmorgens 5 Uhr bis abends 12 Uhr und darüber hinaus ausgedehnt wird, daß dann diese lange Arbeitszeit nicht nur auf den Gesundheitszustand der

(B) betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen einwirken muß, sondern daß sie auch auf die zukünftigen Generationen nicht ohne Nachteil sein kann. Es müssen hier vor allen Dingen Maßnahmen getroffen werden, die es einfach unmöglich machen, daß der elektrische Strom zu Kraftzwecken über eine gewisse Zeit hinaus den betreffenden Leuten noch geliefert wird, damit die Leute eine so lange Arbeitszeit gar nicht durchführen können. Es liegt nicht allein im Interesse der Gesundheit der betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch die Industrie selbst wird dadurch außerordentlich geschädigt, und es wird früher oder später der Ruin der Industrie eintreten.

Meine Herren! Ich bin also im ganzen der Meinung: wenn wirklich einmal eine durchgreifende Reform in dieser Beziehung eintreten soll, dann müßte man mindestens dazu übergehen, daß man mehr Leute aus den Arbeiterkreisen anstellt, als es die Regierung vorgesehen hat. Dann müßte man auch dazu übergehen, daß der Antrag, welcher von uns gestellt wird, einen Landesgewerbearzt anzustellen, angenommen wird. Es müßte weiter dafür gesorgt werden, daß auch Frauen aus Arbeiterkreisen zur Gewerbeinspektion herangezogen werden. Nur dann wird es möglich sein, daß die Arbeiterschaft wiederum ein

größeres Vertrauen zu der Gewerbeinspektion gewinnt, als es bis jetzt der Fall ist.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Mangler.

Abg. Dr. **Mangler:** Meine Herren! Die vorgerückte Zeit und vor allen Dingen auch die gähnende Leere dieses Hauses könnte einen ja veranlassen, auf das Wort zu verzichten. Ich tue das aber nicht, zumal ich meine Worte diesmal weniger an das Haus richte als an den Vertreter der Königl. Staatsregierung.

Meine Herren! Auch ich will Gelegenheit nehmen, mich mit wenigen Worten nochmals mit dem Berichte an der Stelle zu beschäftigen, auf die schon einmal der Herr Abg. Dr. Löbner eingegangen ist. Meine Herren! Ich bitte Sie, den Bericht auf S. 30 einmal anzusehen. Ich will mich, wie gesagt, nur mit der Erklärung der Königl. Staatsregierung beschäftigen. Ich für meine Person — ich habe nämlich keinen Auftrag, für die Fraktion zu reden, ich rede hier für meine Person, allerdings zugleich namens einer Anzahl von politischen Freunden, mit denen ich vorhin erst über die Sache gesprochen habe —, ich für meine Person bin also der Ansicht, daß die hier gegebene Regierungserklärung uns nicht genügen kann, ja ich bin der Überzeugung, daß weite Kreise nicht bloß des Unternehmertums, sondern auch vor allen Dingen die vaterländisch gesinnten Kreise von dieser Regierungserklärung nicht befriedigt sein können. Denn worum handelt es sich bei dieser Regierungserklärung? Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als darum, daß wiederum ein Versuch gemacht wird, der Sozialdemokratie — nicht der Arbeiterschaft, meine Herren, sondern der Sozialdemokratie — in einer Weise entgegenzukommen, die wir gar nicht gutheißen können.

(Sehr richtig!)

Denn es handelt sich um folgende Frage. Ich bitte Sie zu berücksichtigen: Wie ist es zu dieser Regierungserklärung gekommen? In der Deputation wurde, nachdem beschlossen worden war, kommissarische Beratung stattfinden zu lassen, die Frage angeregt, in welcher Weise die Auswahl der Arbeitervertreter, der beamteten Arbeitervertreter, der Gehilfen der Gewerbeinspektoren, vorgenommen werden sollte. Da wurde von der Rechten das Bedenken geäußert, daß da womöglich aus der organisierten, d. h. aus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft solche Beamten-